

# AfD stellt sich bei erster Landtagssitzung quer

**DÜSSELDORF** (tor) Mit einem eindringlichen Appell für ein friedliches und konstruktives Miteinander hat der CDU-Politiker André Kuper (56) gestern sein Amt als neuer Präsident des NRW-Landtages angetreten. Zuvor war er bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments mit 185 der 199 Abgeordneten-Stimmen gewählt worden – bei sieben Nein- und sieben Enthaltungsstimmen.

Das bedeutet, dass Kuper mindestens zwei Stimmen auch aus der AfD-Fraktion bekommen haben muss, die mit 16 Abgeordneten erstmals in den NRW-Landtag eingezogen ist. CDU, SPD, FDP und Grüne hatten sich zuvor ohne Rücksprache mit der AfD darauf verständigt, dass Kuper drei Stellvertreter bekommen soll. Die AfD stellte sich quer. Entweder solle das Präsidium aus Kostengründen auf zwei Vizepräsidenten verkleinert werden. Oder alternativ auf vier Vizepräsidenten erweitert, damit auch die AfD im Präsidium vertreten sein kann. Die entsprechenden Anträge scheiterten an dem geschlossenen Veto aller anderen Fraktionen, so dass Carina Gödecke (SPD), Angela Freimuth (FDP) und Oliver Keymis (Grüne) zu den Vizepräsidenten der 17. Legislaturperiode gewählt wur-

den. Die Regierungsbank blieb gestern in der ersten Sitzung des neuen Landtages leer. Das abgewählte rot-grüne Kabinett ist nur noch geschäftsführend im Amt, bis die neue Regierung Mitte Juli steht.

## Falsche Ausgrenzung

VON MARTIN KESSLER

**M**an mag mit Recht daran Zweifel äußern, ob die AfD aus lupenreinen Demokraten besteht. Aber als gewählte Partei stehen ihr dieselben Rechte zu wie den anderen Fraktionen auch. Das gilt selbstverständlich bei den gesetzlichen Regeln, aber auch bei den Gepflogenheiten, wie AfD-Fraktionschef Marcus Pretzell zu Recht anmerkt. Es gibt keinen sachlichen Grund, der AfD einen Vizepräsidenten-Posten zu verweigern. Sollte er ihn zu ungesetzlichen Handlungen missbrauchen, gibt es Möglichkeiten, ihm den Posten wieder zu entziehen. Es ist nicht schön, dass eine Partei, die mit Vorurteilen, Ausgrenzungen und Einschränkung von Freiheiten auf Stimmenfang geht, nun im NRW-Landtag sitzt. Doch der Wille der Wähler ist zu respektieren, wenn es sich nicht um eine offen verfassungswidrige Partei handelt. Man muss die AfD nicht beachten oder sie hofieren, aber sie parlamentarisch auszugrenzen, ist der falsche Weg. Schlimmer: Es ist undemokratisch und bestärkt obendrein all jene in ihrem Vorurteil, die die demokratischen Parteien als machtversessen denunzieren.